

Polizei und Militär mit M-G gegen Sozialdemokraten und Kommunisten.

GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 60460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 266 B

BERLIN • Freitag, den 11. November 1932

1. JAHRGANG

Fortschritte der Einheitsfront.

Nous saluons les camarades cheminots français à Cologne.

Le 11 et 12 novembre 100 cheminots français seront à Cologne. Ils viennent en Allemagne le jour de l'armistice pour donner une expression visible à tout le monde de leur empressement à réaliser l'entente des peuples. Il s'agit de cheminots qui sont organisés dans la Fédération des Cheminots et dans l'Internationale des Ouvriers du Transport. Ils viennent de toutes les parties de la France, des ateliers et des gares, de la voie, des locomotives et des trains, — non pas pour visiter la ville de Cologne, mais pour créer, par un échange d'idées sérieux, la base d'un commun travail effectif dans l'intérêt du prolétariat international.

Cette visite est organisée par le syndicat des Chemins de Fer d'Etat, Paris Rive Gauche, sous la direction du camarade L. Cancouet. Plus que les autres, ce syndicat et son chef se sont efforcés de rétablir l'unité syndicale en France. C'était à leur suite que presque partout dans les Chemins de Fer d'Etat français les cheminots des syndicats, qui avaient faits la scission, sont retournés dans l'ancien syndicat. Ce mouvement d'unification au-dessus des partis a eu pour premier résultat de faire rembaucher sans perte de temps de service tous les camarades, qui avaient été débauchés lors de la grande grève de 1920.

Nous saluons les camarades français et nous ferons de notre mieux, pour que cette visite soit un succès.

La rédaction.

Wir begrüßen die französischen Eisenbahner-Kollegen in Köln.

Üebersetzung:

Am 11. und 12. November 1932 sind 100 französische Eisenbahner in Köln, die am Jahrestag des Waffenstillstands-Vertrages nach Deutschland kommen, um ihrer Bereitwilligkeit zur Völkerverständigung für alle sichtbaren Ausdruck zu geben. Es handelt sich um Eisenbahner, die im Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbund und in der Transportarbeiter-Internationale organisiert sind. Sie kommen aus allen Teilen Frankreichs, aus den Werkstätten, von den Bahnhöfen, von den Geleisen, den Lokomotiven und Zügen, — nicht um die Stadt Köln zu besichtigen, sondern um in einem ernsthaften Gedankenaustrausch die Grundlage für eine wirksame gemeinschaftliche Arbeit im Interesse des internationalen Proletariats zu schaffen.

Dieser Besuch wird von der Gewerkschaft der Staatseisenbahner des linken Seine-Ufers in Paris organisiert und steht unter Leitung des Genossen L. Cancouet. Diese Gewerkschaft und ihr Führer haben sich mehr als andere um die Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit in Frankreich verdient gemacht. Nach ihrem Vorbild sind auf den Staatseisenbahnen Frankreichs fast überall die Eisenbahner aus den früher abgesplitterten Verbänden in den alten Verband zurückgekehrt. Als ersten Erfolg dieser überparteilichen Einheitsbewegung haben die Staatseisenbahner zu verzeichnen, daß sie die Wiedereinstellung sämtlicher bei Gelegenheit der großen Streiks des Jahres 1920 gemäßigten Kollegen ohne jeden Verlust an Dienstzeit erreicht haben.

Wir begrüßen die französischen Genossen und werden unser Möglichstes tun, daß dieser Besuch zu einem Erfolg wird. Die Schriftleitung.

AUS DEM INHALT:

Der Kongreß der Radikalsozialisten.
Die Politik der Faust.
Horthy-Ungarn markiert Liberalismus.
Lohnraub bei den Hüttenarbeitern.
Litauen krisenfest! Warum?
Die Scharfmacher im Talar..

Die Lehren des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks.

Von Fritz Grob.

Der „Vorwärts“ bringt unter der Ueberschrift „Die Wahrheit über die BVG-Aktion“ einen Aufruf der Ortsverwaltung Berlin des „Gesamtverbandes“, in welchem sich dieser der politischen Brunnenvergiftung schuldig macht. Das Märchen von der nichtvorhandenen satzungsmäßigen Streikmehrheit wird erneut aufgetischt. Nachdem gesagt ist, daß „alle Löhne in den öffentlichen Betrieben... den Löhnen der Reichsarbeiter gleichgestellt werden“ müssen, also nicht gestreikt werden darf, wird in der zweiten Spalte behauptet, daß „es richtig gewesen (wäre), die Verhandlungen weiterzuleiten und sich

die Waffe des Streiks als letztes Mittel aufzusparen“. Ferner wird behauptet, die „Zentralstreikleitung hatte weder die Fähigkeit, noch den Willen, im... Interesse der Verkehrsarbeiter“ zu handeln. „Soviel inzwischen bekanntgeworden, hatte sich zwar eine Kommission von fünf Personen bei der BVG-Direktion vorgestellt; sie fand sich aber mit der Erklärung der Direktion ab, daß sie mit diesem „Einheitskomitee“ nicht verhandle.“

Diese Kommission ist bei der Direktion von Kriminalbeamten verhaftet worden.

Das wird aber verschwiegen.

Der Gesamtverband sprengt durch sein Verhalten die Werbeaktion für sämtliche Gewerkschaften geradezu in die Luft.

Der Streik hat gezeigt, daß die Führungen der SPD und der Freien Gewerkschaften auch heute noch nicht bereit sind, in großem Maßstabe den Kampf gegen den Lohnabbau zu führen, obgleich die Arbeiterschaft dazu bereit ist und die Arbeitslosen kein Hindernis sind in diesem Kampf, sondern sogar zur Unterstützung bereit sind und darüber hinaus die Sympathie des weitaus größten Teiles der Bevölkerung den Streikenden gehört.

Obgleich diese Feststellungen nicht neu sind, so wirken sie doch durch die grelle Belichtung, die sie durch den BVG-Streik erfahren haben, weithin aufklärend auch auf die Kreise der Arbeiterschaft, die sich immer noch täuschen ließen durch die Behauptungen: in der Krise kann die Arbeiterschaft nicht kämpfen.

Durch diese handgreiflichen Enthüllungen kommen die Reformisten und Saboteure des Klassenkampfes in immer größerem Bedrängnis, und das ist gut so. In der SPD und in den Gewerkschaftsversammlungen wird ein Sturm der Enttäuschung zu erwarten sein. Hoffentlich findet er überall geschickte Vertreter.

Der Besuch der Gewerkschaftsversammlungen durch alle Mitglieder wird immer dringender, niemand sollte sich dieser Pflicht entziehen.

So eindeutig diese Lehren in bezug auf die Haltung der SPD und Gewerkschaftsführung sind, so wenig eindeutig sind die Lehren in bezug auf die KP- und RGO-Politik. Das kommt selbst in dem Aufruf der Streikleitung bei Abbruch des Streiks zum Ausdruck. In dem Aufruf heißt es:

„Die Erbitterung über das schändliche Treiben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, gegen die der Kampf verstärkt fortgeführt wird, um künftig solchen Streikbruch unmöglich zu machen, darf nicht zum freiwilligen Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften führen. Gerade jetzt erst recht müssen wir kämpfen um jede Funktion in der Gewerkschaft, um durch einen systematischen Kampf den re-

Revolution in Genf.

Polizei und Militär mit M.-G. gegen Sozialdemokraten und Kommunisten.

Die „Union Nationale“, eine demokratisch-konservative Gruppe, hielt am Mittwoch abend eine öffentliche Versammlung in Genf ab. Im Anschluß daran kam es zu schweren und blutigen Kämpfen zwischen der Polizei und großen sozialistischen Arbeitermassen, die eine Protestdemonstration gegen die konservative Versammlung gemacht hatten.

Schon während der Versammlung sammelten sich die Protestierenden in der Nähe des Gebäudes, das von der Polizei — wie üblich — abgesperrt war. Als die Kundgebungen der Arbeiter kräftiger wurden, zog die Polizei Militär hinzu. Zwischen den ankommenden Soldaten und den demonstrierenden Arbeitern entwickelten sich bald wilde Kämpfe, in denen von seiten der Arbeiterschaft Soldaten die Waffen entrissen wurden und ihnen Pfeffer in die Augen gestreut wurde. Als auch zwei weitere Infanteriekompagnien mit den Aufständischen nicht fertig wurden,

holten die Truppen Maschinengewehre heran und knallten damit in die Menge hinein. Zehn Tote und über sechzig Verwundete blieben auf dem Platz.

Trotzdem gingen die Kundgebungen weiter, ebenso die Kämpfe mit den Truppen, in denen von seiten der Soldaten noch mehrfach das Feuer eröffnet wurde.

Während der Kundgebungen sang die Menge die „Internationale“, der Führer der Sozialisten, Nicole, hielt von den Schultern seiner Anhänger herunter eine Ansprache, in der er sagte, die Revolution sei in Genf notwendig geworden, die Massen mußten die Straßen besetzt halten und aktiven Widerstand gegen jedes Vorgehen der Truppen leisten. Die Revolution in Genf dürfe sich nicht auf die Schweiz beschränken, sondern sie müsse eine Weltrevolution werden. Nach dem sozialistischen Führer sprach der Führer der Kommunisten, Lebet:

„Heute gibt es keine Trennung mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten.“

Wir müssen uns jetzt vereinigen, um die Revolution zu machen. Die Sowjets feiern heute den 15. Jahrestag ihrer Revolution. Wir halten ganz zu ihnen. Die Sowjets sollen leben!“

Die Polizei gibt an, Material darüber gefunden zu haben, daß die Unruhen gemeinsam von sozialdemokratischen und kommunistischen Führern vorbereitet worden seien und daß für den Mittwoch abend für beide sozialistische Parteien folgende Befehle ausgegeben worden seien:

1. Besetzung sämtlicher Cafés in der Umgebung des Saales, in dem die Versammlung der „Union Nationale“ stattfand.
2. Entsendung eines Sturmtrupps in die Versammlung und Besetzung des Podiums.
3. Unterbrechung der Versammlung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.
4. Widerstand, selbst mit Gewalt, gegen jeden Versuch der Polizei, die Ordnung im Saale wiederherzustellen oder außerhalb des Saales die Kundgebungen der Massen zu verhindern.
5. Besetzung der Straßen und allgemeines Vorgehen gegen die Truppen.

Neuer Konflikt in Südamerika.

Peruanische Siedler griffen an der Grenze zwischen Peru und Kolumbien die Grenzstadt Leticia an. Der damit aufgebrachte Konflikt hat jetzt zu einer Schlacht zwischen vier peruanischen und mehreren kolumbischen Kriegsschiffen geführt, die auf dem Putumayo, einem Nebenfluß des Amazonasstromes, ausgefochten wurde. Die Peruaner versenkten ein kolumbisches Kanonenboot und eroberten ein anderes.

formalistischen Einbruch im Betrieb und unter Gewerkschaftsmitgliedern zu überwinden. *Deshalb hinein in die RGO!*"

In dieser widersprüchlichen Aufgabenstellung: Nicht freiwillig austreten aus den Gewerkschaften, um jede Funktion dort kämpfen und gleichzeitig: Hinein in die RGO, darin liegt die Ursache für das Verzagen der kommunistischen Gewerkschaftspolitik bis auf den heutigen Tag. Die KP weiß, daß jedes RGO-Mitglied leicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden kann, trotzdem hält sie die Parole aufrecht: Hinein in die RGO! „Ist das nicht über alle Maßen lächerlich“, würde Lenin dazu sagen.

Trotzdem scheint diese Parole gerechtfertigt zu sein infolge der gelungenen Auslösung des BVG-Streiks durch die RGO. An dieser scheinbaren Rechtfertigung der RGO-Politik liegt es, daß die Lehren des Streiks in bezug auf die KP- und RGO-Politik nicht von vornherein eindeutig sind und von den Arbeitern leicht falsch gezogen werden können.

Dieser Streik der BVG-Arbeiter ist nach Lage der Umstände sicher ein nicht zu unterschätzendes Ereignis, wobei wir unter den Worten „nach Lage der Umstände“ an die völlig verfahrenere Situation in der Arbeiterbewegung denken müssen, die die SPD und KPD herbeigeführt haben. Die Arbeiterklasse hat über sich ergehen lassen eine Lohnabbauwelle nach der anderen und den 20. Juli dazu, trotz KPD und RGO, oder besser gesagt gerade wegen deren Spaltungs- und Isolierungspolitik. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer standen unter gar keinem Druck bisher, weil sich die kampfbereiten Elemente unter Führung der KP aus den Gewerkschaften herausmanövriert haben. Würden sie das nicht getan haben, so hätten wir in Deutschland längst ganz andere Kämpfe erlebt, da die Kommunisten 1927/28, ehe der RGO-Kurs wirksam wurde, bereits hundertmal soviel organisatorischen Einfluß hatten als sie heute haben. Wer natürlich bieder und bescheiden in völliger politischer Ahnungslosigkeit vom Nullpunkt kommunistischen Einflusses in den Ge-

werkschaften, etwa dem 20. Juli 1932, seinen politischen Start antritt, dem muß natürlich der BVG-Streik als etwas ganz Großes erscheinen, was die Arbeiter ohne RGO niemals hätten erreichen können. Das ist ein Generalursinn!

Wer trotzdem meint, die RGO-Politik würde durch diesen Streik gerechtfertigt, den weisen wir auf die Tatsache des Zusammenbruchs des Streiks hin. Solche Streiks gegen die Staatsmacht und den Gewerkschaftsapparat zu führen mit Aussicht auf Erfolg, das ist „Politik aus Aberglauben“. Auf die Dauer müssen Streiks aber, wenn sie die Kampfkraft der Arbeiter stärken sollen, auch für die Streikenden selber erfolgreich sein.

Diese entschiedene Ablehnung der RGO-Politik hindert uns nicht, diesem entgegen mancherlei Schwierigkeiten 5 Tage lang geführten Streik die gebührende Anerkennung zu teil werden zu lassen. „Es gab vier Tote, Barrikaden wurden errichtet, Straßenbahnen zerstört, und trotz schärfster Drohungen gegen die Streikenden, denen Dienstentlassungen und Hochverratsverfahren angekündigt wurden, konnte bislang nur ein kümmerlicher Notverkehr eingerichtet werden, den das besorgte Publikum kaum zu benutzen wagt. Das ist etwas reichlich viel für eine autoritative Staatsführung...“, so schreibt selbst die „Germania“.

Jetzt wird das Bürgertum auf dem Wege über die Sondergerichte Rache nehmen für eine solche „Erfrechung“ kampfbereiter Arbeiter.

Die KPD hat es in der Hand, durch ein ehrliches Einheitsfront-Angebot an die SPD-Führung und durch die restlose Beseitigung der RGO-Politik die in weiten Kreisen empörten SPD- und Gewerkschaftsmitglieder gegen die weiterhin drohende Politik der Sabotage des Klassenkampfes auf die Beine zu bringen und so die reformlistischen Führer in die in kurzer Zeit wieder nötige Kampffront zu zwingen oder abhelfern zu lassen. Ein Pochen auf die Wahlorbeeren ist heute weniger revolutionär denn je!

Unruhen in der australischen Marine.

Am Dienstag veranstalteten 200 Matrosen der australischen Marine auf der Reede von Melbourne eine Protestkundgebung gegen die Soldkürzungen. Sie sandten dem Kriegsminister ein Schreiben, in dem sie für Mittwoch die Dienstverweigerung ankündigten, falls ihre Forderungen nicht erfüllt würden. Gleichzeitig wurden auf den Kriegsschiffen aufläuternde Schriften verteilt, die an den Aufstand der englischen Marine im vorigen Jahr erinnerten. Soweit die Anführer dieser Propaganda bekannt wurden, wurden sie schleunigst von den Schiffen entfernt, was sie dazu benutzten, nun von der Stadt aus den Admiral Hyde anzutelefonieren. In Melbourne selber wurde eine weitere große Protestversammlung veranstaltet, an der etwa 3000 Matrosen teilnahmen.

Trotz des Ausmaßes, das der Protest der Matrosen angenommen hatte, gelang es der Marineverwaltung — mit welchen Mitteln, ist bisher nicht bekanntgeworden —, die Matrosen dazu zu nötigen, am Mittwoch auszufahren, ohne daß über ihre Forderungen entschieden war; die Forderungen wurden lediglich dem Marine-Schlichtungsausschuß überwiesen.

Aber alle Vorsichtsmaßnahmen der Regierung haben es nicht verhindern können, daß am Mittwoch morgen in Sydney 100 Mann von dem Depotschiff „Pinguin“ eine halbe Stunde lang den Dienst verweigerten als Sympathiekundgebung für die Melbourn Matrosen.

Genfer Mühlen mahlen langsam . . .

Ein Schritt weiter in der Hilfe für Oesterreich.

Am Schluß der Mittwochsitzung des Nationalrates gab Bundeskanzler Dr. Dollfuß eine Erklärung ab, aus der hervorgeht, daß nicht nur die französische, sondern auch die Regierungen von Belgien, Großbritannien und Italien der Auffassung zugestimmt haben, daß die Bestimmungen des Wiener Protokolls über die Entscheidung des Völkerbundes mit Stimmenmehrheit sich nicht auf das Genfer Protokoll vom Jahre 1922 beziehen; das bekanntlich völlig im Lausanner Vertrag aufgenommen ist. Wie der Bundeskanzler erklärte, werde die österreichische Ratifikationsurkunde in aller nächster Zeit in Genf hinterlegt werden. — Und wann kommt die Anleihe?

Die geheimnisvolle Wirtschaftskonferenz.

Der wirtschaftliche Vorbereitungsausschuß für die Londoner Weltwirtschaftskonferenz hat einen Bericht ausgearbeitet, der ebenso geheim gehalten wird, wie die Verhandlungen des Ausschusses. Der Öffentlichkeit werden nur einige „bedeutungsvolle Feststellungen“ des Ausschusses bekannt gegeben, z. B. daß in Zukunft alle Maßnahmen zur Behebung der Wirtschaftskrise auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet nur in allen Ländern gleichzeitig in Gang gesetzt werden dürfen und daß alle Krisenmaßnahmen, z. B. Kontingente, abgebaut werden sollten.

Der Präsident des Ausschusses erklärte der Presse, die Verhandlungen müßten geheim gehalten werden, da verschiedene Regierungen befürchten, daß eine Veröffentlichung über die außerordentlich heiklen und schwierigen internationalen Finanzprobleme in dem gegenwärtigen Stadium nur Kritik und Widerstand erwecken und daher die kommenden Konferenzen behindern würden. Einzelne Regierungsvertreter hätten Wert darauf gelegt, daß ihre praktischen Vorschläge nicht in der Öffentlichkeit bekannt würden. — Eine Empfehlung für die praktischen Vorschläge ist das nicht!

Die deutsche Regierung ist mit dem vom Ausschuß ausgearbeiteten Richtlinien einverstanden und weist besonders darauf hin, daß von besonderer Wichtigkeit die „Stärkung der Kaufkraft durch Erhöhung der deutschen Absatzmöglichkeiten“ und damit die Steigerung des internationalen Warenumsatzes sei. Wenn die Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses ebenso tiefgründig sind, wie diese Ausführungen, so wäre das eine verständliche Erklärung für die ängstliche Geheimhaltung dieser Arbeiten. Denn wenn die deutschen Absatzmöglichkeiten steigen, so ist das doch nicht notwendiger Weise gleichbedeutend mit einer Steigerung des internationalen Güterauswechsels. Und wessen Kaufkraft soll gestärkt werden?

Unstimmigkeiten im britischen Kabinet.

MacDonald nicht reaktionär genug?

Die englische Presse ist der Ansicht, daß auch in Bezug auf den Zeitpunkt des Beginns der Wirtschaftskonferenz innerhalb des englischen Kabinetts keine Einigkeit bestünde. Simon sei für eine möglichst lange Aufschiebung der Konferenz und habe in Genf ohne Einverständnis mit MacDonald, in diesem Sinne gearbeitet.

Die vielen Unstimmigkeiten im britischen Kabinet sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß viele Konservative für eine Ausschiffung MacDonalds sind, der ihnen — aus rätselhaften Gründen — immer noch nicht reaktionär genug ist. Das Hindernis für die Beseitigung des Ministerpräsidenten ist aber dessen Freundschaft mit Baldwin, dem Führer der Konservativen. Daher schlug die Beaverbrook-Presse vor einigen Tagen vor, MacDonald zu den Sozialisten zurückzuschicken; wenn Baldwin sich nicht von ihm trennen wolle, könne er ja gleich mit zur Labour Party gehen.

Irland hält durch.

Die Kosten seines Kampfes gegen England.

Der irische Finanzminister hat dem Parlament mitgeteilt, daß der Wirtschaftskrieg mit England dem irischen Freistaat bisher 750 000 Pfund (rund 1 125 000 Mark) gekostet habe. Die Regierung habe 2 Millionen Pfund für die Wiedergutmachung der Verluste bereitgestellt, die durch die englischen Sonderzölle entstehen. Ab 15. November zahlt sie für eine Reihe irischer Ausfuhrartikel nach England Ausfuhrprämien, die der Höhe der englischen Sonderzölle entsprechen. Den wichtigsten Ausfuhrwaren, Vieh und landwirtschaftlichen Erzeugnissen, kommen diese Prämien allerdings nicht zugute.

Friedensverhandlungen zwischen Bolivien und Paraguay.

Der Präsident der neutralen Kommission, die den Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay bearbeitet, hat dem Präsidenten des Völkerbundes telegraphisch mitgeteilt, daß die beiden streitenden Regierungen direkte Verhandlungen aufgenommen hätten, um eine schiedsgerichtliche Regelung vorzubereiten.

Ein Kongreß des französischen Mittelstandes.

R. Bt. Paris, 9. November.

Der Parteitag der Radikalsocialisten, der Regierungspartei, in Toulouse wurde mit besonderem Interesse erwartet. Die wichtige Frage war: Wird der Kongreß die Politik Herriots gutheißen? Herriot hat, was Außen- und Innenpolitik betrifft, enttäuscht. Viele, die im Mai die Wahlergebnisse mit großen Hoffnungen entgegennahmen, sind heute unzufrieden mit Herriots Rede über „Sicherheit“, das sich so wenig von dem Tardieu unterscheidet; sie sind unzufrieden, wenn Herriot darüber spricht, daß jeder Opfer bringen müsse zur Ausgleichung des Budgets, während er nichts anderes tut als die Beamtengehälter herabzusetzen.

Trotzdem ist Herriot auf dem Parteitag wie ein Gott behandelt worden. Er beherrscht die Partei vollkommen und genießt ihr vollstes Vertrauen.

Wie kommt das? Zunächst ist es nötig festzustellen, daß unter den 2000 Delegierten die kleinen Beamten, die durch Lohnabbau und Senkung der Getreidepreise bedroht sind, kaum vertreten waren. Der entscheidende Grund für Herriots Erfolg aber ist der, daß die Delegierten sich hinreißen ließen durch die Redekunst Herriots, der es wie gewöhnlich ausgezeichnet verstand, an die Gefühle der französischen Republikaner, die die Ideale der französischen Revolution in Ehren halten wollen, zu appellieren. Er tat das z. B. durch sentimentale Phrasen dieser Art: „Die Sicherheit — das ist das Leben eurer Kinder. Das ist es, was ich auf meinen Armen trage.“ So etwas bringt die Republikaner in Ekstase. Wenn Herriot dann über die „Mission“ spricht, die Frankreich seit der französischen Revolution oblige, wenn er über „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ spricht, dann kennt die Begeisterung keine Grenzen. Bei manchen geht das so weit, daß ein radikal-sozialistischer Journalist in der „Volonté“ über sie schrieb: „Es gibt auf diesem Kongreß intolerante Anhänger der Regierung, die jedesmal scharf protestieren, wenn an der Regierung Kritik geübt wird.“

Die Stimmung, die auf dem ganzen Kongreß herrschte, findet Ausdruck in der Schlußresolution:

„Die Partei verkörpert sich in Herriot, mit ihm und durch ihn will sie in die Realität des Lebens der Menschen und der Völker das dreifache Symbol der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit eintreten lassen.“

„Indem er Herriot Beifall spendet, bringt der Kongreß seine unbesiegbaren Hoffnungen auf die Geschicke Frankreichs und der Republik zum Ausdruck.“

Dieses Vertrauen ist für Herriot wichtig: er wird es brauchen, wenn er morgen die Kammer vor schwere Entscheidungen stellt, von denen die erste die Ausgleichung des Budgets sein wird. Der Kongreß war eine Art Garantie für ihn, daß er ohne Furcht vor die Kammer treten könne.

Nach den amerikanischen Wahlen.

Abbau der Zölle? Freude bei Alkoholfabrikanten.

Das endgültige Ergebnis der amerikanischen Präsidentenwahlen zeigt, daß von den 581 Wahlmännern

472 auf Roosevelt und nur 59 auf Hoover entfallen.

Der neue Senat besteht nach dem Ergebnis der gleichzeitig erfolgten Ergänzungswahlen aus 59 Demokraten, 36 Republikanern und einem Vertreter der Landarbeiter-Partei. Also auch hier verfügt Roosevelt über eine Mehrheit.

Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen für das Repräsentantenhaus, zu denen bisher noch die Ergebnisse von 28 Wahlbezirken fehlen, zeigen folgende Mandatsverteilung:

299 Demokraten,
106 Republikaner,
2 Farmer.

Vor den Neuwahlen hatten die Demokraten nur eine Mehrheit von vier Sitzen!

Infolge der außerordentlich großen Niederlage Hoovers wird dessen sofortiger Rücktritt gefordert.

Es wird damit gerechnet, daß die Regierungspolitik sich auf dem Gebiet der Abrüstungs- und Schuldenfrage nicht wesentlich ändern wird. Dagegen wird erwartet, daß Roosevelt eine Gesetzesvorlage zum Abbau der Hochschutzzölle einbringen wird, die allerdings wahrscheinlich mindestens 18 Monate braucht, ehe sie zu einer Herabsetzung der Zölle führt.

Die Pariser Presse ist über den Ausgang der amerikanischen Wahlen sehr befriedigt, da dort eine wohlwollendere Haltung der amerikanischen Regierung in bezug auf internationale Probleme erwartet wird. Außerdem freuen sich die

Interessant war auf diesem Kongreß die Rolle der Opposition, vertreten von zwei „jungen Radikalen“, wie sie allgemein genannt werden, die es gewagt haben, dieser Versammlung von Anbetern Herriots eine scharfe und deutliche Kritik an der Politik der Regierung ins Gesicht zu schleudern. Sie wurden derartig wütend niedergebrellt, daß Herriot genötigt war, für sie um Ruhe zu bitten.

Die „jungen Radikalen“ greifen es an, daß Herriot stets auf die Rechte Frankreichs und die Unschuld Frankreichs an der in der Welt herrschenden Kriegspsychose pocht, indem sie sagen:

„Alle Formen des Nationalismus sind eine Gefahr für den Frieden.“

Sie machen es Herriot auch zum Vorwurf, daß er zu sehr nach rechts neigt, statt eine Politik zu treiben, die dem Willen der Wählermassen im vergangenen Mai entspricht.

Das war aber alles nur ein Schrei in der Wüste von Redekunst, Sentimentalität und aufgepeitschter Begeisterung.

Diese „jungen Radikalen“ sind Menschen, die sehen, daß die alten Formeln der Politik nicht genügen, die manchmal fast Sozialisten sind, aber nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen.

Die Schlußerklärung des Kongresses, die nach aller Tradition die Richtlinien für die künftige Politik der Partei enthalten soll, ist blaß und farblos und geht nicht über die gewohnten Kammerreden radikal-sozialistischer Abgeordneter hinaus. Sie enthält einige Versprechungen, z. B. an die Bauern, denen Zölle zugesichert werden, die den Zweck haben, der Partei Wählermassen zuzuführen.

Zusammenlegung der französischen Eisenbahnen.

Daladier, der französische Minister für öffentliche Arbeiten, erklärte in einem Senatsausschuß, daß die französischen Eisenbahnen am Schluß des Geschäftsjahres einen

Fehlbetrag von 9 Milliarden Francs (1,5 Milliarden Mark) aufweisen würden. Er sehe sich deshalb gezwungen, eine Zusammenlegung der verschiedenen Eisenbahngesellschaften (die zum größten Teil in Händen privater Firmen sind) zu veranlassen. Da die Direktionen sich weigern, freiwillig darauf hinzuwirken, halte er es für erforderlich, die Zusammenlegung durch Gesetz zu erzwingen.

Die französischen Eisenbahnen arbeiten seit langen Jahren mit ungeheuren Verlusten, die der Staat bezahlt. Eine Änderung dieses Zustandes ist daher dringend geboten. Ob die Regierung die Zusammenlegung der Eisenbahnen auf die Art vornehmen will, daß sie verstaatlicht werden, geht aus den vorliegenden Meldungen nicht hervor.

französischen Weinfabrikanten auf die bevorstehende Abschaffung der Prohibition, da sie sich davon eine erhöhte Ausfuhr versprechen.

Auch in Deutschland wurden bereits Stimmen laut, die von dem Wahlsieg Roosevelts eine Steigerung des deutschen Bierexports erwarteten. Sie sind aber durch die Meldung, daß hohe Zölle auf alkoholische Getränke in den Vereinigten Staaten eingeführt werden würden, wieder ernüchtert worden.

In London ist man darüber enttäuscht, daß von der neuen amerikanischen Regierung keine grundlegende Umstellung der Außenpolitik zu erwarten sei. Von vielen Seiten wird die Verschlebung der Weltwirtschaftskonferenz bis zum April gefordert, um eine rege Beteiligung der Amerikaner sicherzustellen.

Die japanische Presse rechnet damit, daß Roosevelt mildere Töne für die japanische Politik finden wird, als Hoover es bisher getan hat.

Der ungarische Ministerpräsident Gömbös ist einige Tage der Gast Mussolinis. Ungarischen Pressevertretern gegenüber äußerte er während der Reise, er habe das Gefühl, zu einem Freunde zu gehen, der sehr viel für Ungarn getan habe und dessen Freundschaft auch weiterhin für Ungarn gesichert sei. In politischen Kreisen Ungarns ist man mit der Reise des Ministerpräsidenten keineswegs überall einverstanden. Man wirft Gömbös vor, daß er um seiner italienischen Neigungen willen die Beziehungen Ungarns zu den übrigen europäischen Staaten gefährde. Ein Besuch bei Herriot wäre wichtiger gewesen.

Horthy-Ungarn markiert Liberalismus.

„Der neue Stil.“

General v. Gömbös, der seit Anfang Oktober Ministerpräsident in Ungarn ist, ist kein unbekannter Mann im ungarischen öffentlichen Leben. Die wachsende Ungeduld weiter Bevölkerungsschichten, die sich in dem steigenden Einfluß der Kommunisten in den Betrieben, der unabhängigen Bauernpartei im Parlament und in einer von der Masse erzwungenen, unverkennbaren Radikalisierung der Sprache der SPU-Leitung und der SPU-Presse äußert, und nicht zuletzt auch die schwebende Finanz- und Valutakrise des Landes, haben die herrschende Klasse Ungarns veranlaßt, einen geeigneten Mann aus ihren Reihen vorzuschicken und ihm gerade so viel liberale Gesten aufzutragen, wie zur Rettung der absoluten Herrschaft dieser Klasse im Augenblick erforderlich erscheint.

Niemand paßte für diese Aufgabe besser als der anpassungsfähige General, der seit 1917, seit seiner Tätigkeit als Pressochef in dem Kaiserlich-königlichen Armee-Ergänzungsamt, auf dem Instrument der käuflichen Presse ausgezeichnet zu spielen erlernt hat. Die Heimkrieger der Budapest-Redaktionen, denen er den Weg an die Front ersparte, haben Herrn Gömbös zum bedeutenden Mann gemacht.

Nach der Revolution bot Gömbös sich dem neuen System an und arbeitete im neuen Landwirtschaftsministerium. Er kam mit dem Vorschlag eines Sportministeriums zur körperlichen Ertüchtigung der nationalen Jugend hervor und versuchte, mit diesem und ähnlichen Memoranden das Interesse der damaligen Machthaber auf sich zu ziehen. Da er aber keine Gegenliebe fand, wurde er Gegenrevolutionär. Während der Kommune war er Staatssekretär in der Gegenregierung des Herrn v. Horthy und bekleidete dann im Horthy-Regime unausgesetzt hohe Staatsposten; seit Jahren ist er Kriegsminister. Es gehört danach allerhand Verlogenheit der bürgerlichen Presse dazu, das Ehrenwort dieses Mannes ernstzunehmen, daß er entschlossen sei, einen „neuen Stil“ in das öffentliche Leben Ungarns zu bringen.

Einige charakteristische Sätze aus der Regierungserklärung von Gömbös: „Nicht Klassenkampf, sondern gerechter Ausgleich der Klasseninteressen von Staats wegen. . . . Es ist mein erster Entschluß, die Trennungswände zwischen den Klassen niederzureißen. . . . Ich werde die Bildung einer einheitlichen nationalen öffentlichen Meinung anstreben. . . . Der Standpunkt der Regierung ist: Es gibt keine Arbeitslosenunterstützung; es werden Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Denn wenn wir einmal den Weg der Erwerbslosenversicherung beschreiten, so führt das unweigerlich zur Zerstörung des heiligen Arbeitsbegriffs. . . . Ich habe meine Anschauung in der Judenfrage revidiert. Ich habe im Krieg jüdische Helden gesehen, die tapfer zusammen mit den Magyaren gekämpft haben, und kenne

führende jüdische Persönlichkeiten, die zusammen mit mir um das Schicksal des Vaterlandes beten.“

„In der Frage der Wahlrechtsreform tritt Gömbös für das geheime Wahlrecht ein, jedoch unter weitestgehender Wahrung der nationalen Belange (!).“

Kurz: In Wahrheit bleibt alles beim Alten, nur die antisemitische Phrase muß aus Geldmangel einen Schritt zurücktreten — das flüssige Kapital ist in Ungarn fast ausschließlich in jüdischen Händen. Die einzige positive Tat der Regierung Gömbös war die Aufhebung des Standrechts.

Vier Wochen Klassenjustiz.

Wir haben im „Funken“ bereits über das Zuchthausurteil gegen den Kommunisten Karikas und seine Genossen berichtet, das vor vierzehn Tagen gefällt worden ist. Wie in fast allen Kommunistenprozessen mußte die Verteidigung auf furchtbare Uebergriffe in der polizeilichen Untersuchung hinweisen, aber die Erörterung dieser für den Prozeß grundlegenden Vorgänge wurde wie immer vom Gericht abgewürgt.

Im Fall Karikas kam noch eine besondere Gemeinheit hinzu: Gleich nach der Verhaftung von Karikas hat die Polizei in die bürgerliche Presse das Gerücht lanciert, daß Karikas „einer der gefährlichsten Terroristen“ der Kommune gewesen sei, der eine ganze Anzahl politischer Hinrichtungen auf dem Gewissen habe. Auch der Steckbrief

gegen Karikas lautete auf Mord. Wenige Tage nach der Verhaftung drang in die Arbeiterschaft die Meldung, daß unanfechtbare Gegenbeweise gegen diese Behauptung beständen. Auch die Polizei weiß das. Trotzdem hat weder die Polizei, noch die bürgerliche Presse ihre Fehlmeldungen demontiert. Um den objektiv haltlosen Verdacht auszunutzen, hat die Justizbehörde zunächst nur die politisch-organisatorischen Taten von Karikas in der Hauptverhandlung vorgenommen. So mußte Karikas sich unter dem Schatten eines Verdachts verantworten, der nur darum auf ihm hängen blieb, weil man die Gegenbeweise der Öffentlichkeit unterschlagen hat. Nur dieser Tatbestand erklärt das auch für ungarische Verhältnisse ungewöhnlich harte Urteil. Die offizielle Begründung des furchtbaren Urteils hebt dagegen lediglich die unentwegte organisatorische Arbeit im Interesse der Revolution hervor und erwähnt als besonders erschwerend, daß Karikas sich vorm Gericht entschieden zum Kommunismus bekannt hat. — Die Verhandlung wegen der angeklagten politischen Hinrichtungen steht noch bevor.

Andere Urteile gegen Kommunisten: In einem Prozeß gegen kommunistische Studenten und Schüler erhielten einige der Angeklagten Gefängnisstrafen nur deshalb, weil sie der „Denunziationspflicht“ nicht genügt hatten!

Die Verhandlungen über die spontanen Bauernunruhen in Pasca, die im Februar dieses Jahres stattgefunden haben, führten zur Verurteilung der 11 Angeklagten. Sie erhielten Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr, obwohl die Verhandlung unsere Vermutung bestätigt hat, daß die Angeklagten mit den Tumulten kaum mehr zu tun hatten als andere Menschen der vielhundertköpfigen Menge.

In diesen Tagen hat die Polizei wieder eine kommunistische Geheimdruckerei aufgedeckt und einige Arbeiter der Partei, u. a. den Maschinenschlosser Föder und die Schuhmachergehilfen Varga und Toth, verhaftet. Daß trotz der zahlreichen Verhaftungen von kommunistischen Parteifunktionären immer noch kommunistische Literatur erscheinen konnte, ist ein neuer Beweis für die Zähigkeit und Unerschrockenheit der ungarischen Genossen.

Der Prozeß gegen den sozialdemokratischen Redakteur Parkas ist in anderer Hinsicht bemerkenswert. Parkas hatte in dem sozialdemokratischen Parteiorgan „Nepsava“ eine Schiebung des früheren Ministerpräsidenten Graf von Bethlen aufgedeckt und war dieses Artikels wegen zur Verantwortung gezogen worden. Bethlen, der selber siebenbürgischer Großgrundbesitzer ist, hatte der rumänischen Regierung angeboten, sie solle von Ungarn Reparationszahlungen erhalten, wenn sie bereit sei, den siebenbürgischen Landbesitzern, die ihre ungarische Staatszugehörigkeit beibehalten wollten (die für Ungarn „optierten“) und die daraufhin von der rumänischen Regierung enteignet worden waren, eine Entschädigung für dieses enteignete Land zu zahlen. Die Profitierenden bei diesem merkwürdigen Handel waren allein die enteigneten Großgrundbesitzer, in erster Linie Graf Bethlen persönlich; die Leidtragenden die ungarischen Steuerzahler. — Die „Nepsava“ hat also mit ihrem bitteren Hohn Recht, wenn sie schrieb: „Dieser ‚Erfolg‘ und dieser Umweg waren eigentlich überflüssig, man hätte ja direkt aus der ungarischen Staatskasse zu Händen der Optanten das Geld auszahlen können; wir müssen indes auch berücksichtigen, daß der Herr Ministerpräsident und seine Mitoptanten in keiner Weise ohne Umweg Hunderte von Millionen Kronen aus den ungarischen Staatsgeldern annehmen können, aus jenen Staatsgeldern, die buchstäblich vom Munde des ungarischen Volkes abgespart sind. Zweifellos war hierzu ein Umweg unentbehrlich. Wir dürfen einem gütigen Schicksal dankbar sein, daß man diese Angelegenheit so geschmackvoll arrangieren konnte und daß Herr von Bethlen, indem er um Millionen reicher wird, zugleich einen schönen ‚moralischen‘ Sieg im sogenannten ungarischen Landtag erringen darf.“ Der Verteidiger Parkas' erbot sich, den Wahrheitsbeweis für das in dem Artikel Behauptete zu erbringen. Der Vorsitzende Thörek, derselbe, der die Kommunisten Salley und Fürst vor das Standgericht gebracht und zum Tode verurteilt hat, verbot den Wahrheitsbeweis, verurteilte aber Parkas nur zu einer geringfügigen Geldstrafe, um die Sache möglichst klanglos aus der Welt zu schaffen.

Noch ein anderer Prozeß leuchtet in die bodenlose Korruption des Systems Horthy-Bethlen-Gömbös hinein. Der ehemalige Privatsekretär Ludwig Eskütt des verstorbenen Bauernführers und Landwirtschaftsministers Nagyatadi-Szabc (der seine große Bauernpartei in der offenen reaktionären Bethlenschen Partei aufgehen ließ und mit Bethlen zusammen die auch heute noch regierende sogenannte Einheitspartei gegründet hat), ist verhaftet worden unter dem Verdacht, gegen den — als Privatkäufer anwesenden — Bethlen ein Dolchattentat beabsichtigt zu haben. Eskütt hat nämlich vor kurzem wegen verschiedener Schiebungen eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren beendet. Er hatte bei dieser Verurteilung nicht seine Unschuld behauptet, wohl aber, ein unbedeutendes Instrument in den Händen einer übermächtigen Schieberlique gewesen zu sein. Das Bewußtsein, daß seine Strafe zu hart sei und daß er als Sündenbock mißbraucht worden sei, hat ihn veranlaßt, jede auf dem Gnadeweg angebotene Strafmilderung entschlossen abzulehnen und mit wachsender Verbissenheit die vollständige Revision seines Prozesses auch nach seiner Haftentlassung zu fordern. Stets ohne Erfolg. Wie er nach seiner erneuten Verhaftung jetzt angegeben hat, wollte er durch sein auffallendes Verhalten gegenüber Bethlen seine Verhaftung und damit das neue Aufrollen seiner alten Strafsache erzwingen.

Die Lage der Werktätigen.

Ein oppositioneller Redner hat im Parlament berichtet, daß die Stundenlöhne der Facharbeiter stellenweise bereits bis auf 30 Filler (18 Pfennige) gesunken sind. Für die Notstandsarbeiten meldeten sich nicht allein geschulte Facharbeiter, sondern auch Akademiker, selbst bei den schwersten Arbeiten.

In dem rationalisierten Büro einer staatlichen Versicherungsanstalt herrscht die tollste Ueberarbeit. — dabei liegen Tausende geschulter Bürokräfte auf der Straße. In einer besonders überlasteten Abteilung wurde von den Angestellten nach dem „System Bedeaux“ 370 „Arbeitseinheiten“ pro Tag verlangt, ganz gleich, wie viele Arbeitsstunden der Einzelne damit zu tun hat. Die Flinksten schafften es in 14 Stunden, die Langsameren brauchten 16 täglich. Ueberstunden wurden kaum bezahlt; es gab lediglich eine geringfügige Zulage. Der Stundenlohn für kleine und mittlere Angestellte sank bis auf den phantastischen Tiefpunkt von 20 bis 46 Filler (12 bis 27 Pfennige). Gegen diese Zustände haben 250 Angestellte mit dem Hungerstreik protestiert; der Erfolg dieses Protestes ist mir nicht bekannt geworden. Die Kriegsbeschädigten unter diesen 250 haben an Herrn v. Gömbös ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihn unter Berufung auf ihre Leiden an der Front „um menschliches Einssehen anflehen“. Eine merkwürdige Methode des Klassenkampfes; aber wir können immerhin daran denken, daß der Auftakt der russischen Revolution von 1905 eine Bittdemonstration Petersburger Arbeiter zum Zaren war.

Rückblick und Ausblick.

Demokratische Verheißungen ohne irgend welche ernstliche Verschiebungen der wichtigen Machtverhältnisse oder auch nur eine Milderung der Ausbeutung sind keine neue Erscheinung, auch nicht in der Geschichte Ungarns. Im Jahre 1917, als der Krieg, wie jeder denkende Mensch wußte, bereits verloren war, wurde vom König unter dem Vorsitz des Grafen Eszterhazy ein halbdemokratisches Kabinett ernannt, mit der Aufgabe, nach siegreicher Beendigung des Weltkrieges die Neuwahlen auf Grund eines allgemeinen, geheimen Wahlrechts vornehmen zu lassen. Während der demokratische Rechtsanwalt Dr. Vazsonyi sich im Justizministerium häuslich einrichtete, arbeitete die militärische Sonderjustiz des Obersten Kommandierenden im Militärbezirk von Budapest, des Generals Lukasics, unentwegt weiter. Dieser General richtete alle Frontdeserteure, deren er in Budapest habhaft werden konnte, hin, auch wenn es noch heranwachsende Jugendliche waren. Die Hierarchie der Scheindemokratie des Herrn Vazsonyi wurde aber immerhin von den Massen auch unbewußt als Zeichen der Schwäche gedeutet und trug so zur Ermöglichung der Revolution mittelbar bei.

Dieses Mal geht die Reaktion vorsichtiger vor. Auf beiden Seiten, auf der reaktionären wie auf der revolutionären, weiß man, um wieviel es geht. Und so wird es sicher noch einige Zeit dauern, bis die Arbeiterschaft dem System Horthy-Gömbös die entscheidende Schlacht liefern wird. — B.—

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
REVOLTE AN DER RUHR (26)
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 18

„Was willst du denn hier, Franz, Bier holen? — Ach ja, daß ich auch so dämlich frage, das sehe ich ja, habe ich eben gehört. Für dein Vater, ja? Na, daß der Himmel bloß nicht auf die Erde fällt, mein Schwager läßt Bier holen. Nec, das Bier is nich für ihn? Is für dein Schwager und sein Freund? So, so, das is was andres. Dein Schwager, is das dieser junge Mann hier?“

Er macht eine tiefe Verbeugung vor Hans, von einer Handbewegung begleitet, die einem spanischen Granden zur Zierde gereicht hätte.

„Sie jestatten, junger Mann, mein Name is — hupp — Pickstein, — Max Pickstein, — jawoll.“

Die Anwesenden brechen in lautes Gelächter aus, rufen ihm zu:

„Maxe, paß auf, daß du mit deiner Nase nich den Boden aufwischst.“

Maxe läßt sich nicht beirren, fährt in seiner Rede fort.

„Also, ja, Maxe Pickstein, das hab ich nu schon jesacht. Ich bin der Schwager von ihm zukünftigen Schwiegevater. Das heeßt, also mit andre Worte, daß wir beide jewissermaßen verwandt sind. Verstehst sich doch, nicht wahr? Wir sind also Onkel und Neffe. Scheeno Verwandtschaft, was? Ich begrüße dich also im Namen der Familie Pickstein, die außer mir noch aus meiner Ollen besteht, — und darauf müssen wir uns ja noch een trinken, nich wahr?“

Alles brüllt vor Lachen bei Maxens Rede. Hans hat erst voll Unwillen auf den alten Schwätzer geschaut, dann aber hat ihn die allgemeine Heiterkeit angesteckt.

„Laß man, Onkel“, sagt er, „wir haben bei Kowalski genug zu trinken.“

„Denn wern wir die zwee Flaschen, die wir hier trinken wollten, mitnehmen, nich wahr. Hast doch nisch dajegen?“

Hans schüttelt, immer noch lachend, den Kopf. Franz aber schaut nicht sehr respekt- und liebevoll auf seinen Onkel,

den Bruder seiner Mutter. Maxe verabschiedet sich mit einer rührenden Rede von seinen „Freunden und Jenossen“, mit einem Kasten Bier in der Mitte verlassen die drei die Wohnung Sobottkas.

Maxe redet unaufhörlich auf Hans ein, preist ihm die Vorzüge der neuen Verwandtschaft in allen Tonarten an. Geduldig läßt dieser den Wortschwall über sich ergehen, sagt zu allem ja und amen. Franz aber brummt mehr als einmal „oller Quatschkopp“ vor sich hin. Vor einer Tür in der zweiten Barackenreihe macht Maxe halt, packt Hans am Arm.

„So, lieber Neffe, jetzt wartste mal 'n Augenblick. Ich hol' eben meinen Kasten, nich wahr?“

Damit ist er auch schon in der Tür verschwunden.

„Kann er denn auch gut spielen?“ fragt Hans seinen Schwager.

„Für die Woche geht's. Er bildet sich ein, der besto Harmonikspieler im Umkreis zu sein. Sagt man was dagonen, so wird er falsch und sagt, man versteht nichts von Musik.“


Da kommt Maxe auch schon wieder heraus aus seiner Behausung. Seine holde Gattin, die einer mystischen Sekte angehört und daher alle weltlichen Vergnügungen verabscheut, liegt schon lange im Bett, betet für Maxens Seelenheil und seine baldige „Erleuchtung“. Er hängt sich die Harmonika am Schulterriemen um, geht mit den beiden weiter, dabei einen Marsch spielend. In der Dunkelheit kann er die Tasten nicht gut finden, und so ist sein Spiel mehr laut als schön. Bald langen sie in der Wohnung Kowalskis an. Maxe begrüßt alle recht herzlich, umarmt Emmi, klopft seinem Schwager derb auf die Schulter.

„Na, altes Haus, wie geht's?“

„Gut, Max, ganz gut. Komm, trink ein, Emmi feiert heute Verlobung.“

Maxe gratuliert dem Brautpaar, kippt ein Glas Kognak hinter die Binde. Dann greift er nach seinem Kasten, spielt einen Walzer. Der

Lest OTTAWALT



Tisch wird an die Seite gerückt, die beiden jungen Paare treten nun Tanz an. Da geschieht etwas, worüber sich Frau Kowalski noch lango wundert. Ihr Mann legt den Arm um ihre Taille, fegt mit ihr durch die Küche, als wenn er noch ein ganz junger Kerl wär. Sonst tanzt er fast nie, er muß also in sehr guter Stimmung sein. Ihre schwere, dicke Gestalt schwenkt er herum, hört nicht eher auf, als bis die Musik endet. Mit heißen Köpfen kehren alle an ihre Plätze zurück. Hans verteilt Bier; helles für die Männer; dunkles für die Frauen. Ein Prosit nach dem anderen erschallt, in kurzer Zeit sind die meisten angeheitert. Maxe soll weiterspielen, aber er kann sich nicht von seiner Flasche trennen. Als er nach mehrmaliger Aufforderung sich dazu nicht bequemem will, nimmt Hans die Harmonika, die neben Maxen auf der Erde steht.

„Lieber Onkel, du erlaubst doch, daß ich mal spiele?“ spricht er.

„Du und spielen? Soll was Schönes werden. Aber meinewegen.“

Hans setzt sich, intoniert „Wiener Praterleben“. Maxe horcht auf. Donnerwetter, kann der Junge spielen. Er hat es ja gar nicht geahnt, daß man seinem alten Kasten so schöne Musik entlocken kann. Gewiß, Tasten und Bässe sind genug drauf, aber wer kann die alle regieren. Nun, Hans kann es, er beweist es durch sein Spiel. Verdamm, der Junge spielt ja, als wenn er sein Lebtag nichts anderes getan hätte. Günther tanzt mit Emmi, Kowalski mit seiner Frau. Else, die sehr gern Harmonikspiel hört, macht aus ihrer Bewunderung für Hans' Spiel kein Hehl. Als der Schlußakkord verklungen ist, wird ihm von allen Seiten Beifall und Lob gespendet. Am lautesten aber prahlt Maxe. Frau Kowalski setzt Wasser auf für den Punsch, Maxe erzählt Schnurren, so daß die Stimmung bald außerordentlich fidel wird.

(Fortsetzung folgt.)

Der Lohnraub an den Hüttenarbeitern.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt eine Darstellung des Lohnabbaus in der Hüttenindustrie seit Beginn der Krise, der wir folgendes entnehmen:

„Als Beispiel dafür, wie das Einkommen der Hüttenarbeiter gedrosselt worden ist, seien die Verdienste eines leistungsfähigen Werkes, der Vestag, angeführt. Mit unerheblichen Unterschieden treffen diese Angaben auf alle Werke zu:

Bruttoverdienste im Monatsdurchschnitt.

(in Mark abgerundet)

	Erster Mann			Letzter Mann		
	1928	1931	1932	1928	1931	1932
Hochofen	288	230	115	246	197	125
Thomaswerk	134	203	141	263	115	78
Martinwerk	382	235	93	203	130	54
Blockwalzwerk	258	171	75	178	115	50
Mittelstraße	268	172	76	180	126	56
Stabstraße	280	202	178	189	136	108

Da diese Bruttoverdienste darstellen, gehen davon noch für Sozialbeiträge etwa 15 Prozent ab. Allerdings kommt zu dem Gelde — Löhne kann man wahrhaftig nicht mehr sagen. — noch die karge Kurzarbeiter-Unterstützung, die aber nicht mehr wie ein Drittel des Lohnes ausmacht und für Hochofen und Stabstraße überhaupt nicht gilt.

Die Lohnaufstellung zeigt nicht nur den unerhörten Lohnabsturz, sondern auch die Wirkung der Feierschichten in das Einkommen der Hüttenleute. Man sieht ferner an dieser Aufstellung die Wirkung des Akkord-, Prämien- und Tarifbaues sowohl beim Hochofen als bei der Stabstraße. Der Hochofen hatte im Monatsdurchschnitt nur ein Drittel Feierschichten, der Lohn ist aber um die Hälfte gesunken. Bei der Stabstraße ist der Lohn um 40 Prozent gesunken, dieser Betrieb hatte aber nur eine Feierschicht im Monat. Von Leistungslohn kann also keine Rede sein. Ferner zeigt die Aufstellung, was vom Gerede der Unternehmer vom „Einheitslohn“ zu halten ist, wenn man den Unterschied der Entlohnung zwischen dem ersten und dem letzten Mann (alles Durchschnittsarbeiter über 21 Jahre) sieht.“

Dazu kommt, daß die Zahl der ersten Männer sehr niedrig ist und die Hauptbelegschaft — in 20—40 Akkord- und Prämienuntergruppen eingeteilt — die niedrigen Sätze erhält.

Von solchen Hungerlöhnen sollen diese Schwerarbeiter mit ihren Familien menschenwürdig leben! Um das Maß voll zu machen, werden sie dann von Firmen vom Schlage der BVG noch als Vorbild für die „Angleichung“ ihrer Löhne benutzt.

Gegen ein derartiges Lohnsystem, das ja nicht von ungefähr kommt und bestehen kann, gibt es nur Kampf, Kampf und noch einmal Kampf! Kampf auch der Gewerkschaften mit allen Mitteln und mit aller Kraft!

Umdie Entlassungen beider BVG.

Vertreter der Freien Gewerkschaften waren am Mittwoch bei der Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft, um gegen die im Zusammenhang mit dem BVG-Streik erfolgte Entlassung von 2500 Arbeitern und Angestellten der BVG Einspruch zu erheben. Die Direktion sagte eine „Nachprüfung“ zu, fügte jedoch hinzu, Wiedereinstellungen könnten nur soweit erfolgen, als es die „Verkehrs- und Betriebsverhältnisse zuließen“.

Das ist natürlich eine ganz faule Ausrede, denn es ist in Berlin allen Benutzern der städtischen Verkehrsmittel zur Genüge bekannt, daß infolge der früheren Personaleinschränkungen die Betriebsverhältnisse teilweise ganz unhaltbar sind, die Überfüllung der Verkehrsmittel oft jeder Beschreibung spottet und im Interesse des Publikums und der Verkehrssicherheit eher Neueinstellungen als Entlassungen nötig wären.

In diesem Zusammenhang sei auf die früher vorschwen-derische Wirtschaft bei der BVG hingewiesen, die Riesen-summen zum Fenster hinauswarf für den Ankauf von 200 Wagen, die sich nachher als unbrauchbar erwiesen, und zum Ankauf von Grundstücken und zur Ausführung von Großbauten. Diese und ähnliche Fälle sind schuld an den finanziellen Mißständen der BVG; auf Kosten der Arbeiter will man nun die Finanzen wieder in Ordnung bringen.

220 Steinarbeiter im Streik.

In Lüptitz bei Wurzen wurde gestreikt, weil die Direktion Betriebsräte entlassen hatte; durch die Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft wurde die Rücknahme der Entlassungen erzwungen. Daraufhin nutzten die Arbeiter ihren Erfolg zu einem Vorstoß aus und stellten Lohnforderungen.

Neuer Konflikt in der Hochseefischerei.

In den deutschen Fischereihäfen sind in den letzten Tagen zahlreiche Fischdampfer aufgelegt worden. Die seemännischen Berufsverbände fordern daher in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium, daß die Auflegung von Fischdampfern untersagt wird, da sie im Hinblick auf die Ergebnisse der Heringsfischerei nicht berechtigt sei. (Es sei in diesem Zu-

sammenhange nur auf die erst kürzlich auf Regierungsmaßnahmen hin erfolgte künstliche Preiserhöhung für Heringe hingewiesen, die der Heringsfischerei zugute kommen sollte. Allerdings dürften die Preiserhöhungen bereits weitgehend durch Rückgang des Verbrauchs wirkungslos geworden sein.) Es müsse unter Umständen mit dem Ausbruch neuer Arbeitskonflikte gerechnet werden. Wenn die Reeder ihre Absicht, 40 Prozent der Fischdampfer aufzuliegen, durchführten, seien die Fischdampferbesatzungen gewillt, ebenfalls Kampfmaßnahmen zu treffen.

Erfreulicher Widerstand gegen Nazi-Führung.

Pflichtarbeiter streiken in Mügeln, weil man sie dem Kommando eines Nazi-Führers unterstellen wollte.

Gehaltskürzung in der Gladbacher Textilindustrie.

Zwischen den Parteien der Textilindustrie des Gladbacher Bezirkes ist bei den Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß eine Vereinbarung getroffen worden, die als neuer Tarifvertrag gilt. Die Gehaltsätze werden vom 1. November ab in den meisten Gruppen um drei Prozent gekürzt. In den Gehaltsgruppen der Meister tritt eine Kürzung um 5 Prozent ein. Die Sozialzulagen wurden auf 7 Mark festgesetzt. Der Vortrag ist erstmalig zum 31. Mai 1933 kündbar.

„Deutscher Streikschutz E. V.“ Hinein in die freien Gewerkschaften.

Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände unterhält eine sogenannte Entschädigungsgesellschaft für Streikverluste mit dem Namen „Deutscher Streikschutz E. V.“. Dieser Verband entfaltet zur Zeit wieder eine rege Propaganda durch Rundschreiben und Ähnliches. Von dem Verein wird darauf hingewiesen, daß die Organisation in der Vergangenheit „sogensreich“ gewirkt habe und „deren Notwendigkeit in Zukunft für jeden einsichtigen Unternehmer klar vor Augen“ stehe, denn weitere Streiks stünden bevor, und die örtlichen Arbeitgeberverbände könnten nur im

äußersten Falle beispringen, was gerade durch die kürzlich erfolgten Streiks bewiesen sei.

Derartige Organisationsbestrebungen der Unternehmerschaft sollten jedem Arbeiter die Augen öffnen und ihn zur Organisation in der Gewerkschaft seiner Berufsgruppe veranlassen, die allein seine Interessen gegen die organisierte Unternehmervillkür schützen kann.

In der Vereinigung und der Einheit gegen das Unternehmertum liegt die Macht der Arbeiterschaft!

Frechheit des Alkoholkapitalismus.

Schulmeister, Schnaps und Fälschung.

K.D. Der Verlag Knorr & Hirth (München) gibt einen Deutschen Bierkalender heraus. Gedenktage, wie es sich bei einem Kalender gehört. Am 1. Juli 1855: Gründung der Patzenhofer-Brauerei in Berlin. Bild dazu: die bekannte Zeichnung von Käthe Kollwitz: „Mutter und Kind.“ An der Seite ein Text, der den stillenden Müttern Bier empfiehlt. Diese Empfehlung ist unterzeichnet „Dr. Agnes Blum: Die Stillungsnot.“ Unterschrift: „Das Bier als Arznei für stillende Mütter.“

Es ist eine Infamie, Käthe Kollwitz, die eine Fülle von Bildern gegen den Alkohol geschaffen hat, zur Alkohol-Reklame zu mißbrauchen. Käthe Kollwitz hat Klage erhoben wegen unbefugter Benutzung der Zeichnung. Es kommt aber noch besser. Frau Dr. Blum klagt gleichzeitig wegen Mißbrauchs ihres Namens unter einem ihr völlig fremden Text. Noch nie hat sie Bier für stillende Mütter empfohlen.

Der Verlag und der Herausgeber des Kalenders sind dazu verurteilt worden, die beanstandete Kalenderseite zu entfernen, und im Kalender von 1933 eine Berichtigung zu bringen. Käthe Kollwitz erhält 100 Mark Schadenersatz. Außerdem haben die Beklagten 200 Mark an den Deutschen Verein gegen den Alkoholismus zu zahlen.

So erfreulich die Verurteilung ist, so bedauerlich ist die niedrige Strafe.

Uebrigens ist der Herausgeber des Kalenders, Josef Schuster, Hauptlehrer in München. Ist der Herr weiter würdig, Kinder zu erziehen?

Tod beim Schutt-Durchwühlen.

Auf der Schlamthalde der Zeche „Unser Fritz“ in Wanne-Eickel unterwühlten Arme, die offenbar nach Kohlen und dergleichen suchten, die Schlammanlagen. Plötzlich brachen die Massen zusammen und töteten zwei Arbeiter und die Frau des einen von ihnen, eines Sechzigjährigen. Zwei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt.

Im englischen Nebel.

Sieben Streckenarbeiter überfahren.

Einige Kilometer nördlich von London wurden sieben Streckenarbeiter von einem Schnellzug überfahren. Sie waren, um einen langsam fahrenden Personenzug vorüberzulassen, auf die Nebengeleise getreten, ohne bei dem dichten Nebel den auf diesem Geleise herannahenden Schnellzug zu bemerken. Fünf von ihnen wurden getötet, zwei schwer verletzt.

Eisenbahnunfall bei Gießen.

Am Donnerstag vormittag gegen 7.30 Uhr fuhr im Bahnhof Saasen ein Personenzug auf einen dort haltenden Güterzug auf. Durch den Anprall wurden 16 Reisende verletzt.

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorz. d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwald
Engelsplatz 12.

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

J. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 55 42.

Sonnenblumen-Öl
kalt abgepreßt, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.
5-g-Kanne 5,50 RM ab hier.
Kanne 1,— RM Pfand.
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Maßarbeit **erstklassig und billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. **Spezialität:**

Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 3, III.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönhelt
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987.
10. Nov.: Waldmensch. Ein Russenfilm.
Ab 11. November: Richard Oswald;
Dreyfus
mit Fritz Kortner, Heinrich George, Albert Bassermann, Gréte Mosheim, Oskar Homolka, Fritz Kampers u. a.
Fox tönende Wochenschau.
Anfangszeit: 15, 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funke“
Unterstützt Eure Zeitung!
Werd! Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!



POLITISCH WIRD DER MENSCH GESCHEITER DURCH BÜCHER MIT DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reichillustrierten Katalog kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15

Von der Kunst, zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.
35 Seiten. Geheftet 0,45 Mark.
Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“
„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“ Berlin S 14, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrukksachen
Berlin SO 36, Elisabethstr. 30-32
Telefon: Gammalar. F 1 Moritzplatz 6471

Für die Seelen der SA ist trefflich gesorgt.

Röh m hat verfügt:

„Bei den Gruppenkommandos sind ab sofort je ein SA-Geistlicher einzustellen. Die Herren Pfarrer müssen Pg. sein und stehen im Range eines Sturmbannführers z. B. V. Bestätigung bzw. Bestallungsurkunde nur durch die Oberste SA-Führung direkt. Bei den Feldgottesdiensten der SA, die möglichst mit Fahneinweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15. Oktober 1932 nur die SA-Geistlichen. Der Pg. Pfarrer Münchmeyer, M. d. R., wird als Spezialreferent für die Geistlichen in der SA ab sofort in die Oberste SA-Führung berufen.“

Interessenten für den sogenannten Idealismus der Nazi-Bewegung bitten wir, durch vorstehende Notiz Münchmeyers Stammrolle zu ergänzen, damit nicht nur folgendes darin steht:

Ludwig Münchmeyer ist vom Schöffengericht Emden am 7. Mai 1926 mit drei Monaten Gefängnis wegen Verleumdung und Sittlichkeitsvergehens bestraft worden. In dem Urteil heißt es unter anderem: Münchmeyer hat sich wiederholt an Frauen herangemacht und sie sich teils „unter Ausübung eines unzulässigen Druckes, teils indem er sich als reicher Kaufmann ausgab“, gefügig machen wollen. Weiter hat Münchmeyer sich wiederholt als Arzt und medizinischer Sachverständiger ausgegeben, ebenso als Jurist, ohne jemals Medizin oder Jura studiert zu haben. Diese Behauptungen, die „widerholt von Münchmeyer abgegeben wurden, waren wesentlich falsch und eine Lüge und eines Geistlichen durchaus unwürdig“. Ferner hat Münchmeyer „unter der lächerlichen Ausrede, eine Narbe am Körper eines jungen Mädchens kontrollieren zu wollen, unsittliche Berührungen vorgenommen“.

Das Dritte Reich von Mecklenburg-Schwerin verfügt über ein Defizit von 6,6 Millionen. Noch vor acht Tagen hatte der Ministerpräsident Granzow (NS) das Defizit auf höchstens 4 Millionen beziffert. Damals habe das Ministerium noch keine „genaue“ Übersicht gehabt, erklärte der Nazi-Abgeordnete Hildebrandt am Mittwoch im Landtag. Freilich: wenn die Übersicht über die Finanzen so ungenau ist, daß man sich um 70 Prozent verschätzt, dann ist das Entstehen eines Defizits verständlich.

Um „der Rückkehr der Monarchie den Weg zu ebnet“, haben sich die unterfertigten Verbände zu einer „Arbeitsgemeinschaft der monarchischen Bewegung“ zusammengeschlossen. An der Spitze steht natürlich ein General (mit dem passenden Namen Wachter). „Unterfertigt“ sind folgende Verbände: Hauptverein der Konservativen, Bund der Aufrechten, Preußenbund, Deutschbanner schwarz-weiß-rot, Verband Nationalgesinnter Soldaten, Großdeutscher Baltikumverband, Nationalverband Deutscher Kadetten, Bund zur Pflege des Hohenzollerngedankens, Nationalverband Deutscher Offiziere.

Die Scharfmacher im Talar.

9 1/2 Jahre Zuchthaus den Beraubten von der BVG.

„Die politische Blutwelle ist abgeebbt, und es unterliegt keinem Zweifel, daß dies der Tätigkeit der Sondergerichte zu danken ist. Das Vorgehen, wie überhaupt die ganzen Demonstrationserscheinungen anlässlich des Verkehrsstreiks sind atavistische Rückfälle in eine Art des politischen Kampfes, wie er in dieser Form schon als überwunden galt. Mindestens muß aber Vorsorge für die Zukunft getroffen werden, daß derartige Kämpfe ohne Rechtsverletzung durchgeführt werden. Wenn der Angeklagte anderer Meinung ist, so befindet er sich auf dem Holzwege und muß durch eine schwere Strafe belehrt werden. Das Sondergericht muß überhaupt nach seiner ganzen Struktur durch ernete Strafen dem verletzten Rechtsempfinden aufhelfen.“

Diese Rede vom angeblichen Abebben der Blutwelle, von der Mission der Sondergerichte, die dem „Rechtsempfinden aufhelfen“ — das alles ist

blutiger Hohn.

Diese Rede wurde vor dem Berliner Sondergericht am Mittwoch vom Staatsanwalt Wagner gehalten und leitete die Zuchthausanträge ein, die zu folgenden Strafen führten:

Dem Packer Hoffmann zwei Jahre, dem Arbeiter Bratengeier und den Schlossern Zander und Lösche je zweieinhalb Jahre Zuchthaus.

Hoffmann (Nazi) hat aus einer Menschenmenge heraus Strafen gegen einen völlig menschenleer dastehenden Straßen-

Der 9. November —

wie er war, und wie Liebe ihn schildert.

Am 9. November hat Paul Löbe, der in Deutschland nicht im Rundfunk reden durfte, weil er die „innerpolitischen Gegensätze verschärft“ hätte, von Holland aus gesprochen. Seine Rundfunk-Rede enthält das alte Lied: eine selbstgestaltige Betrachtung der SPD. Diese Stelle hier möchten wir wörtlich festhalten: „Doch was in der besonderen geschichtlichen Situation Deutschlands verwirklicht werden konnte, ist von der deutschen Sozialdemokratie und den mit ihr in einer Front marschierenden freien Gewerkschaften unter dem Aufgebot all ihrer Kraft in den Jahren nach der Revolution vollbracht worden.“ Wenn die SPD und die Gewerkschaften wirklich alles getan hätten, was hätte getan werden können, dann müßte man an der Möglichkeit einer Besserung der Verhältnisse verzweifeln. In Wirklichkeit aber hat die SPD etwas ganz anderes getan: Sie hat alles unterlassen, was notwendig war für eine wirklich sozialistische Gestaltung. Als Beweis dafür drucken wir hier den Brief ab, den der Vorstand der SPD an den der USPD am 9. November 1918 geschrieben hat:

„Von dem aufrichtigen Wunsche geleitet, zu einer Einigung zu gelangen, müssen wir Ihnen unsere grundsätzliche Stellung zu Ihren Forderungen klarlegen. Sie fordern:

1. Deutschland soll eine sozialistische Republik sein.
Antwort: Diese Forderung ist das Ziel unserer eigenen Politik, indessen hat darüber das Volk und die konstituierende Versammlung zu entscheiden.
2. In dieser Republik soll die gesamte Exekutive, Legislative und jurisdiktionelle Macht ausschließlich in den Händen von gewählten Vertrauensmännern der gesamten werktätigen Bevölkerung und der Soldaten sein.

Politik der Faust.

Ihr laßt den Armen schuldig werden! Die Plünderung von Lebensmittelgeschäften nahm in letzter Zeit in Berlin sehr zu. So überfielen am Mittwoch kurz vor Geschäftsenschluß fünf Männer eine „Nordstern“-Filiale in der Tegeler Str. 28 und raubten etwa 60 Pfund Wurstwaren. Ferner erschienen zur gleichen Zeit 12 bis 15 junge Burschen in dem Buttergeschäft Hoffmann in der Düppelstraße 44 und nahmen Schinkenspeck und Wurst im Werte von etwa 100 Mark mit. In beiden Fällen konnten die Täter unerkant entkommen.

Anschlag auf elektrische Fernleitung bei Berlin. In der Wuhlheide, längst der Bahn Karlsruh-Köpenick, wurde am Dienstag nachmittag ein Anschlag auf die den Reichselektrowerken gehörige Fernleitung entdeckt. Durch eine Sprengstoffladung wollte man den Mast dieser Fernleitung umlegen, um dadurch den Verkehr auf der Bahn und die Lichtversorgung unmöglich zu machen. Die Anlage läßt klar erkennen, daß als Täter nur fachkundige Personen in Frage kommen können. Zweck und Beweggrund der Tat sind noch undurchsichtig.

Arbeiter leuchten Wiener Gymnasiasten heim.

Einige Klassen älterer Gymnasiasten besuchten in Wien mit ihren Lehrern ein städtisches Gaswerk und werden dort von Ingenieuren geführt. Einige der hoffnungsvollen Jünglinge beschäftigten sich während der Führung damit, überall Papierhakenkreuze zu verstreuen und die Arbeiter damit zu provozieren. Doch kamen sie bei diesen Beleuchtungsarbeiten an die Rechten, sie leuchteten ihnen gebührend heim. Die Arbeiter stellten sofort die Arbeit ein und verständigten ihren Betriebsrat. Daraufhin wurden die Schüler von der Werksdirektion freundlichst rausgeworfen.

Ein Teil der Schüler erklärte seine Sympathie mit der Abwehr der Arbeiter gegen die Nazifrechten.

Sieben Schwerverletzte bei einem politischen Zusammenstoß. Am 9. November fand in Chemnitz eine Revolutionsfeier der Sozialdemokraten statt. Im Anschluß daran wurden, nach Angabe der Polizei, sieben Personen schwer verletzt durch Schüsse, die an zwei Stellen der Stadt bei Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und „Reichsbanner“-Angehörigen fielen. Erst durch Eingreifen der Polizei konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

SA-Mann will Kieler Gerichtsgefängnis in die Luft sprengen! In der Nacht zum 9. November wurde ein Sprengstoffanschlag auf das Kieler Gerichtsgefängnis versucht. Nur durch das Dazwischenkommen einer Polizeistreife konnte das Attentat verhindert und der Täter festgenommen werden. Die Bombe war mit großer Sachkenntnis unter den Fenstern der Wohnungen von Gefängnisaufsehern angebracht und hätte genügt, den ganzen Gebäudeteil in die Luft zu sprengen. Der Bombenleger namens Siemens gehört der SA an und war wiederholt in politische Zwischenfälle verwickelt, ohne daß ihm rechtzeitig das Handwerk gelegt worden wäre. Jetzt sucht man den Täter damit zu entschuldigen, daß der Kieler Polizeiarzt seine Unzurechnungsfähigkeit erklärt habe.

Polizei gegen kommunistische Demonstranten. Am Mittwoch abend marschierte ein Zug von etwa 300 Kommunisten in loser Ordnung nach dem Wachtplatz von Breslau. Die Polizei versuchte, die Menge mit dem Gummiknüppel auseinanderzutreiben, dabei erhielt ein Polizeibeamter einen Messerstich in die Schläfe. Drei Personen wurden verhaftet.

Haussuchungen bei Essener Kommunisten. Die politische Polizei nahm am Morgen des 9. November in einer Wohnkolonie in Essen-West mehrere Haussuchungen bei Mitgliedern der KPD vor. Die Durchsuchungen hatten gewaltigen Erfolg, denn es wurde 1 (eine) Schußwaffe und „hochverräterisches“ Schriftmaterial bei einer „illegalen“ Literatur-Vertriebsstelle beschlagnahmt.

Oberstaatsanwalt rückt dem Oldenburger Regierungspräsidenten auf den Pelz.

Die Oberstaatsanwaltschaft in Lübeck hat in Verfolg des gegen den Regierungspräsidenten Böhmcker anhängig gemachten Strafverfahrens wegen Amtsmißbrauchs die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Regierungspräsidenten Böhmcker (Eutin) beim Oldenburgischen Landtag beantragt.

Die Wiederindienstsetzung des Bürgermeisters Dr. Stoffregen ist trotz der Zusage des Staatsministers Dr. Pauly bis Mittwoch abend im Eutiner Amtsblatt noch nicht bekanntgegeben worden.

Kein Rücktritt Papens?

„Nationale Konzentration“ geplant.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch zum ersten Male nach den Reichstagswahlen zur Besprechung der politischen Lage zusammen. Zunächst hielt der Reichskommissar für die Arbeitsdienstpflicht (!) Vortrag. Auf Grund seiner Ausführungen wurde beschlossen, die

Arbeitsdienstlager auch den Winter hindurch offen zu halten. Sodann wurde eingehend die politische Lage besprochen. Es wurde allgemein der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, eine „nationale Konzentration“ sei wünschenswert.

Papen wird wahrscheinlich im Laufe der nächsten Tage die Parteiführer empfangen, um sie über diese Ansicht zu informieren. Ein Rücktritt des Kabinetts oder von „Teilen“ des Kabinetts komme nicht in Frage. Nach den neueren Entwicklungen der Dinge sei es auch unwahrscheinlich, daß der Landwirtschaftsminister Braun zurücktreten werde, da in der Kontingentsfrage eine Lösung auf dem Wege sei, die voraussichtlich „alle beteiligten Parteien“ (also auch die Großgrundbesitzer!) zufriedenstellen dürfte.

Ferner wurde in der Kabinettsitzung beschlossen, anlässlich der Tagung des Reichsrates mit den in Berlin anwesenden Länderministern Besprechungen zu führen.

Auch in Preußen Koalitionsverhandlungen der Nazis?

Der nationalsozialistische Präsident des preußischen Landtages, Kerrl, hat folgende Erklärung abgegeben: „Die von verschiedenen Seiten der Öffentlichkeit gemachten Mitteilungen über Einberufung des preußischen Landtages sind zu mißverständlichen Deutungen geeignet. Zur Zeit beabsichtigt der Präsident noch nicht, den Landtag zusammenzuberufen. Er hält es für selbstverständlich,

daß den Parteien zunächst nach der Reichstagswahl Gelegenheit zur Aussprache untereinander gegeben wird.

Präsident Kerrl ist daher noch nicht schlüssig über den Termin zur Einberufung des Landtages und wird darüber in absehbarer Zeit Entschluß fassen.“

Vereinbarungen der Länder gegen Papen-Pläne?

Am Mittwoch fand in Würzburg eine bereits vor einiger Zeit vereinbarte Konferenz der Vertreter der süddeutschen Länder und Sachsens statt. Diese Konferenz, an der für Bayern Ministerpräsident Dr. Held teilnahm, diente dem Zweck, für die bevorstehende Sitzung des Reichsrats eine einheitliche Stellung der Länder herbeizuführen.

Kommunistische Mißtrauensanträge.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch an den Reichstagspräsidenten Göring geschrieben und verlangt, daß folgende Punkte auf die Tagesordnung des neunten Reichstages gesetzt werden: Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung, einzelne Mißtrauensanträge gegen die Mitglieder der Reichsregierung von Papen, Schleicher, Gayl, Bracht, Popitz und Kähler, Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 5. September, Winterhilfsmaßnahmen für die Erwerbslosen, Antrag gegen den Versailler Friedensvertrag (!) und gegen die Rüstungen, und Antrag gegen Wahlrechtsraub.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (christlich) fordert, daß der Reichstag die Regierung zu schleunigster Rechenschaftslegung über ihre bisherigen Taten veranlasse.

Sowjetflagge über Westerland.

M. D. Im Weltbad Westerland-Sylt, wo im Sommer viele vermögende Arbeitlose vom Nichtstun Erholung suchen, wehte neulich auf dem 38 Meter hohen Schornstein des Warmbadeshauses die Sowjetflagge, und zwar zum Schrecken der nationalsozialistisch verseuchten Bevölkerung den ganzen Tag über, da der Schornstein in Betrieb war und sich niemand fand, ihn zu basteigen, wie es nachts von den Anbringern geschehen war.

bahnwagen geworfen. Die drei anderen (Kommunisten oder KP-Sympathisierende) haben aus einer Menschenmenge heraus auf besetzte, fahrende Straßenbahnwagen je einen Stein geworfen, ohne zu treffen.

Der ganze, mit Worten vom Recht und dem staatlichen Apparat des „Rechts“ schlecht verhüllte Gewaltakt ist nackteste Rache. Von seiner Klassenzugehörigkeit, davon, daß der Berliner Streik als Ansporn für die gesamte Arbeiterschaft die Bürger in Gefahr bringt — mehr in Gefahr bringt als die Erschießung einiger Nazis —, davon weiß der Staatsanwalt mit der Stimme eines jungen Kavallerie-Offiziers etwas; nichts weiß er vom Recht, von der Hunger-Existenz der Proletarier der BVG und der anderen.

In wenigen großen Linien gesehen:

Papens Staat raubt unter Zerreißung rechtskräftiger Verträge den Arbeitern von ihrem kläglichen Lohn, weil die Unternehmer unfähig oder nicht bereit sind, aus der Krise, in die sie die Wirtschaft hineingeführt haben, wieder hinauszuführen; die Arbeiter wehren sich, weil ihnen das Wasser an der Kehle steht; der Polizei- und Justizapparat des Staates schlägt sie nieder. Die Lehre, die daraus allein folgen kann für die Arbeiterschaft, und die zu ziehen Marx sie gelehrt hat, ist die: die ganze Klasse, die diesen Apparat ausmacht und handhabt, ihrerseits zu beseitigen, und zwar nicht wie 1918, sondern so, daß sie nicht wieder aufsteht.

Antwort: Mit diesem Verlangen ist die Diktatur eines Teils einer Klasse gemeint, hinter dem nicht die Volksmehrheit steht, also müssen wir diese Forderung ablehnen, weil sie unseren demokratischen Grundsätzen widerspricht.

3. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung.

Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden, wenn nicht unmöglich machen würde. . . .

Danach sollte man die SPD die „Indessen“-Partei nennen; denn ihre Politik ist durch dieses Wörtchen hinreichend gekennzeichnet.

Empörung schuf Einheitsfront für einen Abend in Köslin.

Das ungeheuerliche Urteil, durch das vor kurzem drei Arbeiter aus Belgard (Pommern) für je zehn Jahre ins Zuchthaus geschickt worden sind, hat es vermocht, mitten im Haß des Wahlkampfes Sozialdemokraten und Kommunisten zu einer gemeinsamen Protestkundgebung in Köslin zusammenzubringen. Ein kommunistischer und ein sozialdemokratischer Redner sprachen — natürlich unter begeisteter Zustimmung der Kösliner Arbeiter. Leider ging es in den Reden doch nicht ohne gegenseitige Polemik ab.



Litauen krisenfest. Warum?

Litauen, der Fläche nach der zweitkleinste der sogenannten „Randstaaten“, umfaßt ohne das Memelgebiet und ohne das durch Polen gestohlene Gebiet von Wilna etwas mehr als 53 000 Quadratkilometer, etwa so viel wie die preussischen Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zusammengenommen. Doch leben in Litauen weniger als halb so viel Einwohner wie in diesen Provinzen: rund 2 Millionen.

Litauen hat die Krise bisher besser überstanden als die übrigen Länder Osteuropas, wie die „Frankfurter Zeitung“ sich von einem Spezialberichtersteller aus Kowno, dessen Bericht wir im folgenden einige Angaben entnehmen, kürzlich melden ließ.

In Litauen gibt es
keine nennenswerte Arbeitslosigkeit.

Litauen ist das einzige Land Osteuropas mit einer intakten Goldwährung. Während in den Nachbarländern (Lettland, Estland, Polen) Devisenzwangswirtschaft, Kontingentierung des Außenhandels, Bankstützungen, Zahlungsmoratorien und ähnliche Maßnahmen ergriffen worden sind, bleibt die Wirtschaft Litauens bisher frei von all diesen Eingriffen. Die Noten sind zu rund 66 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt.

Der Zahlungsverkehr mit dem Ausland unterliegt keinen Einschränkungen.

Der Zusammenbruch der Danat-Bank erschütterte freilich auch in Litauen im vorigen Sommer das Vertrauen, zumal die Danat-Bank an der Litauischen Kommerzbank, einer der großen litauischen Banken, beteiligt war. Die Banken waren jedoch stark genug, um dem Run des Publikums stand zu halten, obwohl sie rund 30 Prozent der Einlagen zurückzahlen mußten. Vor der Kreditkrise war der Notenumlauf zu fast 100 Prozent durch Gold und Devisen gedeckt. Zudem waren die litauischen Banken ans Ausland nur wenig verschuldet. Infolge dieser Umstände konnten sie die Krisenmonate verhältnismäßig gut überstehen.

Die Entwicklung des Außenhandels ergibt sich aus folgender Übersicht:

	Ausfuhr	Einfuhr
	in Millionen Lit	
1929	330	306
1930	334	312
1931	273	278
Januar/Juli 1931	163	167
Januar/Juli 1932	114	93

Vor dem Hauptkrisenstoß hatte Litauen also einen Ausfuhrüberschuß, der es erlaubte, die Deckungsbestände der Notenbank aufzufüllen, und zwar ohne Inanspruchnahme von Krediten. Das Jahr 1931 brachte einen kleinen Einfuhrüberschuß, der aber bereits 1932 wieder in einen Ausfuhrüberschuß umschlug.

Die Aufrechterhaltung dieser günstigen Außenhandelsbilanz war nur möglich, weil Litauen den Preisabbau in Agrarprodukten mitmachte. Die litauischen Getreidepreise sind zum Beispiel auf 60 Prozent des Vorkriegsstandes gefallen; die Preise für Vieh und Geflügel auf etwa 40 Prozent und die Preise für Eier und Milchprodukte auf etwa 75 Prozent.

Diesen starken Stoß von der Preisseite hat die litauische Landwirtschaft verhältnismäßig gut ausgehalten. Wie kommt das?

Die Grundlagen der Krisenfestigkeit.

Litauen ist ein typischer Kleinbauernstaat. Nach dem Agrarreformgesetz vom 15. Februar 1922 mußten alle Güter über 80 Hektar bis zum Jahre 1928 aufgeteilt und in Kleinbetriebe verwandelt werden. Die Zahl der Kleinbetriebe, die eine Durchschnittsgröße von 11 bis 13 Hektar haben, beträgt ungefähr 240 000.

Über die Hälfte der Bevölkerung besteht aus solchen kleinen Landwirten und ihren Familien, die auf selbständigen Höfen sitzen.

Barbarei in Deutschland.

Bernard von Brentano: „Der Beginn der Barbarei in Deutschland.“ (Rowohlt-Verlag, Berlin. 218 Seiten. 4,80 Mark.)

Das Buch ist der Versuch, eine Analyse der Lage im heutigen Deutschland aufzustellen. Brentano sieht die wirtschaftlichen und politischen Zustände mit den Augen eines Kommunisten, was ihn leider dazu verleitet, manche Statistiken entsprechend seiner Theorie zu verwerfen, statt umgekehrt, seine Theorie an den Statistiken zu prüfen. Außerdem verführt der Haß gegen die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften Brentano dazu, nach echt kommunistischer Art — oder besser Unart — die Gewerkschaften in einer Linie mit der Kirche, der Presse und dem Rundfunk als Organe, die dem Kapitalismus im Kampf mit der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, aufzuzählen. (Seite 163.)

Behält man diese Umstände im Auge und liest das Buch durch die scharfe Brille eines Kritikers, so findet man in ihm manche interessanten Zusammenstellungen und Zitate. Wir geben im Folgenden einige Proben.

Mascha Oetli.

Teures Brot.

„Der Konsum der deutschen Bevölkerung ist durch die Zölle mit rund 3½ Milliarden pro Jahr belastet, was natürlich eine außerordentliche Vorbelastung für jede Lohnpolitik bedeutet“, schreibt man bereits in Industriekreisen. Entscheidend ist der Brotpreis. Während Roggenschrotbrot in Dänemark noch nicht 20 Pfennig das Kilo kostet, kostet das schlechtere deutsche Roggenmischbrot über 40 Pfennig. Weizenbrot kostet (je Kilo) in Belgien noch nicht 20 Pfennig, in Holland 30, in England etwa 35, in Frankreich etwa 40 und in Deutschland über 80 Pfennig. (Seite 62.)

Osthilfe, für wen?

Über die Verteilung der Ostpreußenhilfe hat der „Ostpreussische Landbote“ vom 24. Oktober 1929 eine außerordentlich aufschlußreiche Statistik mitgeteilt. Daraus geht her-

Der an sich schon früher nicht bedeutende Großgrundbesitz wurde durch das Agrarreformgesetz völlig beseitigt.

In den Nachkriegsjahren bemühte sich die Regierung, unterstützt durch die rasch an Bedeutung zunehmende Genossenschaftsbewegung, mit Erfolg, die litauische Agrarwirtschaft von der Getreideproduktion nach dänischem Vorbild auf Viehzucht und Milchwirtschaft umzustellen. Und zwar wurde die Umstellung der Betriebe ohne Zuhilfenahme fremden Kapitals durchgeführt, sodaß die litauische Landwirtschaft nur mit verhältnismäßig geringer Verschuldung dasteht. Sonst würde der starke Preisrückgang der Agrarprodukte auf dem Weltmarkt die litauischen Landwirte viel stärker getroffen haben.

Die Industrie besteht aus mittleren und Kleinbetrieben. Die Begünstigung von Aufblähungen hat man peinlich vermieden. Selbst in den günstigen Jahren, selbst bei hoher Notendeckung wurde der Diskontsatz der Notenbank auf 6 bis 7 Prozent gehalten, was der Kapitalarmut des Landes entspricht. So wurde ein übermäßiger Ausbau des industriellen Produktionsapparates verhindert. Arbeitslosigkeit gab es trotzdem nicht. Die Aufteilung des Großgrundbesitzes stoppte die vorher vorhandene Landflucht ab. Ferner war die Umstellung der Agrarwirtschaft naturgemäß verbunden mit dem Aufbau neuer Produktionsanlagen zur Verarbeitung der Agrarprodukte (Schlächtereien, Molkereien u. s. w.).

Jetzt allerdings drohen auch der litauischen Wirtschaft große Schwierigkeiten. Die Ausfuhrerlöse schrumpfen. Die Landwirte werden infolgedessen minder kaufkräftig für die Industrieprodukte des Landes. Die Städter können also weniger als die Landwirte verkaufen. Die Steuerlasten, die in Litauen in der Hauptsache auf der städtischen Bevölkerung ruhen, drücken sie infolgedessen schwerer. Die Regierung steht daher vor der Aufgabe, Staatsausgaben und Steuerlasten abzubauen. Um diese Aufgabe wird sie nur dann herumkommen, wenn die Krisenpreise für Agrarprodukte auf dem Weltmarkt bald verschwinden. Die großen Schwierigkeiten, vor denen das Land sonst steht, sind solche, die von außen herankommen. Litauen hat ihnen lange gut standgehalten!

Halten wir fest: Die wichtigste Grundlage für die Krisenfestigkeit Litauens ist die verhältnismäßig gesunde Verteilung des Grund und Bodens.

Ein Kleinbauernland ist krisenfester als ein Großgrund-eigentümerland! Rpt.

Dänemark empört — zur Abwechslung über England.

Der englische Landwirtschaftsminister Elliot empfing am Dienstag die Handels- und Landwirtschaftsattachés der Botschaften und Gesandtschaften der USA, Dänemarks, Schwedens, Rußlands, Lettlands, Hollands, Polens, Finnlands und Estlands. Elliot machte den Vorschlag, daß die betreffenden Staaten ihre Speck- und Schinkeneinfuhren nach England ab sofort um 20 Prozent herabsetzen sollten. Er wies dabei auf die bereits erzielten Abmachungen mit anderen Staaten wie mit Argentinien, Neuseeland u. s. w. hin, die sich bereits zu einer Herabsetzung ihrer Fleischeinfuhren bis zu 20 Prozent bereit erklärt hätten.

Die 20prozentige Herabsetzung der Speck- und Schinkeneinfuhr nach England bedeutet für Dänemark, das nach England bisher für 300 Millionen Kronen Speck und Schinken jährlich ausgeführt hat, eine Herabsetzung der Ausfuhr um 60 Millionen Kronen. Die Dänen hatten mit einer Einschränkung der englischen Einfuhr erst zu Mitte nächsten Jahres gerechnet. Nach einer Meldung aus Kopenhagen hat die englische Aufforderung dort „wie ein Schlag ins Gesicht“ gewirkt.

Dänische Arbeitslosigkeit steigt: In der letzten Oktoberwoche ist die Arbeitslosigkeit um 2650 auf 131 065 gestiegen, eine bisher nicht erreichte Höhe. Vermutlich geben auch in Dänemark die amtlichen Ziffern den Umfang der tatsächlichen Arbeitslosigkeit nicht genau wieder. Immerhin wird folgende Vergleichung mit der deutschen Lage nicht sehr fehl gehen: In Dänemark ist jeder 27. Einwohner erwerbslos, in Deutschland jeder 9. bis 10. Einwohner. Die Erwerbslosigkeit in Dänemark ist also noch verhältnismäßig niedrig

vor, daß von den Geldern der Ostpreußenhilfe die bäuerlichen Betriebe Ostpreußens bis zu 400 Morgen Land, das sind 98 Prozent aller Betriebe, mit insgesamt 49,6 Prozent der Gesamtfläche bis zum Herbst 1929 11 640 700 Mark erhielten oder 21,8 Prozent des Gesamtkredits. Auf den Großgrundbesitz über 400 Morgen aber, das ist 2 Prozent der gesamten Betriebe mit 50,4 Prozent Anteil an der Gesamtfläche des Landes, entfielen 41 568 400 Mark oder 78,2 Prozent der Gelder. Die gewaltigen Summen also, welche Herr Braun sich rühmt, der Landwirtschaft und der Industrie gegeben zu haben, sind eben den Leuten zugeflossen, welche die Freunde des Faschismus und die Feinde der Arbeiter und Bauern sind. (Seite 66.)

Unter Tarif!

Der GDA veröffentlicht in seinem neuesten Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten ein Kapitel „Untertarifliche Bezahlung“. Daraus geht hervor, daß 10,5 Prozent aller von ihm erfaßten Angestellten bereits untertariflich bezahlt werden, und zwar wächst die Zahl der Unterbezahlten mit zunehmendem Alter wie folgt:

Lebensalter	Prozent der untertariflich bezahlten Angestellten.	
	männlich	weiblich
bis 18 Jahre	3,2	9,4
19 „ 20 „	8,7	16,3
21 „ 22 „	5,2	7,4
22 „ 23 „	7,3	12,8
24 „ 25 „	6,7	10,2
26 „ 28 „	11,1	10,3
29 „ 30 „	7,7	7,1
31 „ 40 „	25,9	13,9
über 40 „	24,2	7,6

(Seite 148.)

Das neue industrielle Geschlecht.

Verhungert, unterernährt, zerlumpt kommen die Kinder des Proletariats in die überfüllten Schulklassen, wo ihnen von überanstrengten, überalterten Lehrern deutsche Bildung

Von Belebung keine Spur!

Reichsbank in der ersten Novemberwoche.

(Angaben in Millionen Mark)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-guthaben	Gesamt-Geld-umlauf
31. 10. 1931	1145	131	—	240	4010	4746	518	6513
7. 11. 1931	1101	161	—	112	3830	4542	399	6271
30. 9. 1932	796	138	39	242	2991	3755	451	5873
7. 10. 1932	796	135	39	102	2910	3618	412	5701
31. 10. 1932	817	123	39	198	2857	3620	390	5723
7. 11. 1932	817	122	11	99	2783	3502	366	5564

Seit Mitte Juli war der Zugang an Deckungsbeständen bei der Reichsbank größer als der Abgang, oder beide hielten sich zum mindesten die Waage. Der vorliegende Reichsbankausweis zeigt zum ersten Mal wieder eine mit 1,2 Millionen Mark passive Devisenbilanz. Seit der großen Verminderung der Deckungsbestände in der zweiten Juli-Woche, die 53 Millionen Mark ausmachte, sind die Deckungsbestände um insgesamt 47 Millionen Mark gewachsen. Die nunmehr ausgewiesene Abnahme beruht wohl in der Hauptsache auf Rückzahlungen von Auslandsanleihen.

Die Ausleihungen sind in der ersten November-Woche um 201 Millionen Mark zurückgegangen. Von den Ende November zusätzlich in Anspruch genommenen Krediten sind also bereits 54 Prozent zurückgezahlt worden. Diese prozentual hohe Rückzahlung schon in der ersten Woche nach dem Monatsende wird in den letztvergangenen sieben Monaten nur von der ersten August-Woche übertroffen, in der sie 58 Prozent betrug; in den übrigen Monaten seit Mai lag sie stets unter 50 Prozent. — Im Bereich der Reichsbank ist also noch immer nichts von Herrn Papens Ankurbelungs-Manöver verspürbar. Bey.

Wie das Reich Geld fabriziert.

Das Reichsfinanzministerium hat von der Sowjet-Union einen größeren Posten Silber gekauft, der in den nächsten Tagen nach Deutschland transportiert wird. Um wieviel es sich handelt, ist nicht bekannt.

Der Hauptzweck dieses Kaufes ist klar: Das Reich will Silbermünzen prägen. Es verdient zum Beispiel an jedem Fünfmärkstück etwa 4,50 Mark; denn der Herstellungswert dieser Münze beträgt nur 50 bis 60 Pfennig. Zur Zeit sind Scheidemünzen im Betrage von rund 1490 Millionen Mark im Umlauf, 186 Millionen liegen bei der Reichsbank. Insgesamt dürfen 1935 Millionen Mark Scheidemünzen ausgeprägt werden. Das Reich will die Möglichkeit zu weiteren Münzgewinnen bei seiner schlechten Finanzlage natürlich weitgehend ausnutzen. Fragt sich nur, ob die Bevölkerung sich noch mehr Scheidemünzen aufdrängen läßt!

Die Scheidemünzen werden zum großen Teil dadurch in den Verkehr gepreßt, daß der Umlauf an Banknoten verknappt wird. Insofern ist die Scheidemünzen-Ausgabe eine willkommene Gelegenheit für die Reichsbank; denn durch die Verringerung des Notenumlaufs wird der Deckungsprozentsatz günstiger. Das ist natürlich nur ein Bluff, denn an Stelle der eingezogenen Banknoten laufen nun ungedeckte Scheidemünzen um. Bey.

CHINA

Silbergeld verschwindet. Gegenüber dem Papiergeld der Generäle ist selbst das entwertete Silbergeld ein hochwertiges Zahlungsmittel. Es verschwindet daher aus dem Verkehr, ja sogar aus China. Selbstverständlich ergreift auch die chinesische Regierung das in solchen Fällen übliche wenn auch unwirksame Mittel: Sie verbietet die Ausfuhr von Silbergeld. — Überall das Gleiche!

OESTERREICH

Rationalisierung: Anträge auf Zuteilung von Devisen werden von der Oesterreichischen Nationalbank, abgesehen von ganz besonderen Fällen, den Antragstellern mit einem Stempelaufdruck zurückgegeben: „Abgelehnt. Wiedereinreichung zur Valutazuteilung zwecklos.“

und deutsche Kultur, die Bildung des Kapitalismus, beigebracht wird. 450 000 Werkzeiteilungen, schöngebildet, hübsch gebunden, tadellos gedruckt, erscheinen jede Woche, um den Arbeiter zu „bilden“. Aber „in verschiedenen Bezirksversammlungen der Stadt Berlin“, schrieb die „Vossische Zeitung“ bereits im Januar 1931, „mußten Anträge auf Bereitstellung weiterer Mittel für Kinderspeisung von den Bezirksämtern abgelehnt werden, weil eine weitere Steigerung der allgemeinen Wohlfahrtslasten eine Vermehrung der Ausgaben für die Kinderspeisung nicht zulasse. Wie sehr jedoch die Gesundheit eines wesentlichen Teils der Berliner Schuljugend gerade durch diesen Ausfall geschädigt wird, zeigen die regelmäßigen ärztlichen Untersuchungen, die (bereits im Jahre 1930, d. Verf.) bei 30 Prozent der Berliner Volksschulkinder die Speisungsbedürftigkeit ergaben. Selbst in den Jahren der größten Ausdehnung der Berliner Schulspeisung konnten nur 17 Prozent der Volksschulkinder an den Vergünstigungen teilnehmen. Die restlichen 13 Prozent der nach ärztlichem Zeugnis unbedingt speisungsbedürftigen Kinder mußten schon damals leer ausgehen und auch weiter ohne genügenden Ersatz, ja sogar ohne ein bescheidenes Frühstück im leeren Magen zum Schulunterricht kommen. Nach den neuerlichen Beschränkungen der Schulspeisungen ist nun dieser Prozentsatz der hungernden Kinder in den Berliner Volksschulen noch größer geworden, und die absolute Zahl beträgt heute mindestens 55 000 hungernde Volksschulkinder in Berlin allein.“

Ist es auf dem Lande anders als in der Stadt: „Mehr als 76 Prozent der Kinder“ — schreibt der Landrat des Kreises Hildburghausen (Thüringer Wald) — „laufen buchstäblich in Lumpen herum. Aerztliche Untersuchung der Kinder ergab, daß 35 Prozent tuberkulös gefährdet, 55 Prozent vollkommen unterernährt sind. In Fehrenbach sind 29 Prozent der Schulkinder wegen Verkrümmung der Wirbelsäule in Behandlung.“

„Hier wächst“, sagt das „Dinta“, „in aller Stille ein neues industrielles Geschlecht heran, klug, stolz, vorsöhnlich und innerlich freier, Träger eines deutschen Ethos aus altgermanischer Zeit.“ (Seite 174—175.)